ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Bolz, Klaus

Article — Digitized Version

Reformen im sowjetischen Wirtschaftssystem

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Bolz, Klaus (1970) : Reformen im sowjetischen Wirtschaftssystem, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 50, Iss. 6, pp. 384-393

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/134138

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

WISSENSCHAFT FÜR DIE PRAXIS

Reformen im sowjetischen Wirtschaftssystem

Dr. Klaus Bolz, Hamburg

Das intensive Studium der faktischen Auswirkungen der Gesetz gewordenen Wirtschaftsreform in der UdSSR hat den Verfasser zu der Überzeugung geführt, daß diese Reform primär auf eine Weiterentwicklung des bisherigen Systems hinzielt und eine Systemänderung weder stattgefunden hat noch unmittelbar bevorsteht.

Mit wachsendem Reifegrad der sowjetischen Volkswirtschaft zeigten sich zunehmend Planungs-, Lenkungs- und Strukturschwächen. Diese haben den Theoretikern und Praktikern in der UdSSR die Notwendigkeit für Reformen offensichtlich werden lassen. Ziel dieser Reformen ist allein die Steigerung der Leistungsfähigkeit des Systems. In den Reformdiskussionen wird das Instrumentarium gesucht, das den größeren Schwierigkeiten, vor die sich die sozialistische Planung und Leitung gestellt sieht, adäquat ist. Die Diskussionen sollen versuchen, den besten Weg zur Anpassung an die geänderten ökonomischen Verhältnisse zu finden. Damit werden zum ersten Mal im Ostblock konkurrierende Planungssysteme frei diskutiert. An dem vom Marxismus aufgestellten Grundsatz des „sozialistischen Eigentums an den Produktionsmitteln" wird dabei allerdings nicht gerüttelt [1]).

Klaus Bolz, 32, Dr. rer. pol., leitet die Abteilung „Grundlagenforschung" im HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung-Hamburg. Er beschäftigt sich zur Zeit überwiegend mit Fragen der Ostforschung.

Um den wirtschaftlichen Prozeß effizienter zu gestalten, wurde bereits innerhalb des bisherigen Systems mit Messungen der Wirtschaftlichkeit experimentiert. Diese Versuche können als erste Schritte zu einer gleichgewichtsorientierten Steuerung der normativ geplanten Wirtschaft interpretiert werden [2]). Die laufenden Reformen sind deshalb als Fortsetzung des Weges in Richtung auf eine vollständige Wirtschaftlichkeitsrechnung und Gleichgewichtsorientierung zu sehen.

Anlaß zur Reform

Das alte System taugte offensichtlich nur dazu, in kürzerer Zeit als die westlichen Industrieländer den Industrialisierungsprozeß in der UdSSR nachzuvollziehen. Unter Inkaufnahme mannigfacher struktureller Ungleichgewichte und Härten für den Konsumenten wurden beachtliche Wachstumsraten erreicht. Obwohl es nach politisch-ideologischen Vorstellungen an sich nicht möglich war, handelte es sich um ein unausgewogenes Wachstum. Wenn auch das alte System der Planung und Leitung geeignet war, mittels einer Strategie der Ungleichgewichte ein hohes Wachstum zu erzielen, zur Realisierung einer sozialistisch proportionierten Wirtschaft auf hohem Niveau ist es offenbar nicht fähig. Verringerte Wachstumsraten und Produktivitätsfortschritte sind dafür der sichtbare Ausdruck.

Selbstverständlich gab es in der Sowjetunion schon vor der eigentlichen Reformdiskussion

[1]) Vgl. K. C. Thalheim und H.-H. Höhmann (Hrsg.): Wirtschaftsreformen in Osteuropa, Köln 1968, S. 7.

[2]) Vgl. A. Zauberman: Modellvorstellungen der Reformer. In: K. C. Thalheim . . . , a. a. O., S. 6.

Theoretiker, die entgegen dem offiziellen Dogma das Modell, das der praktizierten Planwirtschaft zugrunde lag, nicht für ökonomisch optimal hielten. Wenn auch Teile ihrer Ideen von den Reformern aufgegriffen wurden, der eigentliche Auslöser der Reformdiskussion war dieser Kreis nicht.

Anlaß der Diskussion wurden die Verschlechterung verschiedener ökonomischer Indikatoren in der Ära Chruschtschow von 1958 bis 1964 und die daraus abgeleiteten Einsichten [3]). Während der Jahresdurchschnitt für das Wachstum des sowjetischen BSP von 1950 bis 1958 noch 7,1 % betrug, sank dieser Wert für die Periode 1958 bis 1964 auf 5,3 %. Für den privaten Konsum bedeutete dies sogar einen Rückgang der Zuwachsrate von 7,2 % auf 3,8 %. Entsprechend sinkende Zuwächse lassen sich auch für die Industrie- und die Landwirtschaftsproduktion zahlenmäßig belegen.

Unzureichendes Planungssystem

Aufgrund dieser Zahlen setzte sich bei Theoretikern und Politikern endgültig die Einsicht durch, daß das bisherige Planungssystem nicht mehr mit den zunehmenden, komplizierten Verflechtungen des volkswirtschaftlichen Prozesses fertig wurde [4]). Die Abhängigkeit zwischen den verschiedenen Sektoren wurde vielfältiger und differenzierter. Das Produktionsprogramm im Investitions- und Konsum-Sektor wurde breiter. Zudem wird bei steigenden verfügbaren Einkommen der Haushalte der Produktionsprozeß auch von den Wahlmöglichkeiten der Konsumenten bestimmt. Die Nichtbeachtung der Konsumbedürfnisse führt nämlich zur Lagerbildung nicht absetzbarer Güter (bis 1964 für ca. 12 Mrd. DM) [5]). Müssen die Haushalte zwangssparen, weil sie gewünschte Güter nicht kaufen können, sind Rückwirkungen auf die Arbeitsmoral nicht auszuschließen.

Linder „ist versucht zu sagen, daß der Kompliziertheitsgrad (der Planwirtschaft) nicht im Rhythmus einer linearen, sondern einer exponentiellen Funktion ansteigt" [6]). Das Prinzip der Subordination in der Planwirtschaft vermag den Anforderungen einer solchen Phase der Entwicklung nicht gerecht zu werden. Man war sich auch darüber im klaren, daß ein ständiges Basteln an Teilen des Systems wie unter Chruschtschow keine befriedigende ökonomische Lösung bringen könnte. Das System als Ganzes müßte ökonomisiert werden.

Obwohl die Lage zu Reformen drängte, ging man zunächst nur zögernd an die Realisierung, da die vorgeschlagenen Reformmaßnahmen eingestandenermaßen immer noch nicht in ein geschlossenes theoretisches System paßten. Gerade die Erkenntnis, nur über eine brauchbare Wirtschaftlichkeitsrechnung mit einem (auch jetzt noch nicht vorhandenen) brauchbaren Preisbildungssystem zu guten Ergebnissen gelangen zu können, machte den Hauptmangel jeglicher Reformdiskussion so deutlich.

Chruschtschows Reformoperationen

Parallel zu diesen Diskussionen liefen die Reformoperationen Chruschtschows. Der grundlegende inhaltliche Unterschied zwischen beiden sei vorweggenommen: Chruschtschows Ansätze gingen über Verwaltungskonstruktionen – abgesehen von wenigen Versuchen der indirekten Lenkung der Betriebe – nicht hinaus (Dezentralisierung – Zentralisierung und umgekehrt). Die eigentlichen ökonomischen Reformer diskutierten dagegen eine Änderung des Systems – die Eigentumsordnung ausgenommen – in allen Stufen des Entscheidungsprozesses, d. h. der Planungs- und Verwaltungsspitzen, der unteren Wirtschaftsverwaltungsorgane und der betrieblichen Verantwortung.

Im Jahre 1957 bewirkte Chruschtschow durch die Entmachtung der Branchenministerien und die Einführung der Volkswirtschaftsräte prinzipielle Verschiebungen im Zusammenwirken der Planungsorgane. Das vertikal-branchenmäßige wurde durch das primär horizontal-territoriale Prinzip ersetzt. Die Beseitigung des Nachteils der branchenmäßigen Isolierung im Bereich unterhalb der Ministerien bis zu den Betrieben wurde durch den gesamtwirtschaftlichen Nachteil des häufig am regionalen Egoismus orientierten Handelns der Volkswirtschaftsräte erkauft. Zur Begründung der Chruschtschowschen Reform können wohl eher machtpolitische als ökonomische Absichten unterstellt werden [7]).

Ebenso sind die Verwaltungsreform vom November 1962 sowie deren Reorganisation vom März 1963 mehr unter dem Gesichtspunkt der Ausbalancierung verschiedener Interessenstandpunkte als unter dem Aspekt ökonomischer Notwendigkeiten zu beurteilen. 1962 handelte es sich um Neugründungen bzw. Neuverteilung von Aufgaben folgender Institutionen: staatliches Plankomitee (Projektierung und laufende Planung), Volkswirtschaftsrat der UdSSR (Plankoordination und Plankontrolle) und Staatskomitee für Bauwesen.

---

[3]) Vgl. H.-H. Höhmann: Die sowjetische Wirtschaftsreform vom Herbst 1965 – Ausmaß und Bedeutung der institutionellen Veränderungen. In: K. C. Thalheim ..., a. a. O., S. 41.

[4]) W. Linder: Anpassung und Modernisierung des sowjetischen Wirtschaftssystems. In: Europa-Archiv, Folge 6/1967, S. 210.

[5]) „Borrowing from the Capitalists". In: Time-Magazin (Atlantic Edition), Vol. 85, Nr. 7 v. 12. 2. 1965, S. 22.

[6]) W. Linder, a. a. O., S. 210.

[7]) Vgl. W. Linder, a. a. O., S. 212 f.

1963 erfolgte deren Unterstellung unter den neugegründeten Obersten Volkswirtschaftsrat beim Ministerrat der UdSSR. Das Ergebnis dieser Verwaltungsreform bestand jedoch in Kompetenzüberschneidungen, Doppelgleisigkeit und damit geringerer Effizienz der Planung und Leitung der Volkswirtschaft.

Vorschläge der Reformtheoretiker

Die theoretisch-wissenschaftliche Reformdiskussion wurde mit dem berühmten Aufsatz Prof. Libermans in der Prawda vom 9. September 1962 eingeleitet. Er baute dabei auf Ideen anderer Reformer vor ihm auf. Obwohl im wesentlichen er die Diskussion in Gang gebracht hat, haben sich dann andere Wissenschaftler und Praktiker stärker profiliert und ihrerseits Liberman beeinflußt. Der Kerngedanke der ursprünglichen Liberman-Vorschläge ist, daß die Lenkung der Betriebe allein durch den Gewinn bzw. die Rentabilität erfolgen soll. Die Zentrale sollte dem Betrieb nur noch den von ihr geplanten Produktionsumfang sowie Sortiment und Lieferfristen der Produktion vorgeben.

Allein auf diese Kennziffer aufbauend sollte der Betrieb bei der Verfolgung des Zieles der Gewinnmaximierung selbständig Entscheidungen treffen. Das hätte bedeutet, daß er über Lohnsumme, Kostenstruktur, technischen Fortschritt, Investitionen usw. eigenständig verfügt hätte. Um den Betrieb zu guten Leistungen anzuregen, sollte ihm zur Auflage gemacht werden, eine bestimmte Rentabilität zu erwirtschaften. Diese Auflage wäre einer bestimmten Verzinsung des Kapitalstocks gleichzusetzen. Um die Betriebe zu einem gewinnorientierten Verhalten zu veranlassen, sollte das Prämiensystem möglichst differenziert ausgestaltet werden: Da sich der Betriebserfolg und damit die vollbrachten Leistungen voll in der Rentabilität niederschlagen, sollte die Rentabilität auch zum Ansatzpunkt für finanzielle Zuweisungen an den Prämienfonds gemacht werden. Die Berechnung der Prämie einmal mit Bezug auf die Rentabilität (leicht ansteigender Prozentsatz), zum anderen mit Bezug auf den absoluten Gewinn (stark fallender Prozentsatz) sollten die Betriebsleiter von zu niedrigen Gewinnplänen abhalten. Diese Idee rief viele Kritiker auf den Plan, da sie die Gefahr des Auseinanderfallens volks- und betriebswirtschaftlicher Interessen beinhaltete [8]).

Liberman beabsichtigte jedoch mit seinen Vorschlägen keinen Übergang zu einer sozialistischen Marktwirtschaft, sondern wollte gerade die Widersprüche zwischen betrieblichen und volkswirtschaftlichen Interessen aufheben, die die traditionelle Planungspraxis immer wieder zutage brachte. Da der zentrale Plan ja keineswegs aufgegeben werden sollte, mußte deshalb die betriebliche Planung zum primären Gegenstand der Reformen werden [9]).

Die durch Liberman in Gang gesetzte Diskussion ging sachlich bald weit über dessen Intentionen hinaus und veränderte dessen vorgeschlagenes Konzept. Charakteristisch war, daß die Diskussion zunehmend rein ökonomisch, d. h. frei von ideologischem Ballast, geführt wurde. Andererseits wurden bisher aus ideologischen Gründen ausgeschlossene Theorien durch deren „Umideologisierung" diskussionsfähig [10]). Wie Liberman hielten aber auch alle anderen Reformer bei ihren Vorschlägen grundsätzlich an einem unveränderten zentralen Planungssystem fest.

Diese Reformgedanken wurden jedoch diskutiert, ohne daß man über ein Preissystem verfügte, das für ein Funktionieren des neuen Systems gesorgt hätte! Vermutlich hat sich Libermann, weil es mit diesem Koordinierungsmittel noch so im argen lag und er die Konsequenzen dieser Tatsache weit genug überschaute, später (nach der offiziell verbindlichen Reform vom September 1965) selbst von seinen extremen Vorstellungen distanziert und der zentralen Planung wieder einen größeren Planungsradius eingeräumt, d. h. das Recht zugebilligt, mehr Kennziffern vorzugeben. Wie im folgenden zu erkennen sein wird, weist das Reformprogramm vom September 1965 zwar vor allem die Züge der gemäßigten Reformer, aber auch der ursprünglichen Libermanschen Ideen auf.

Reform in Planung und Verwaltung

Die Reform von 1965 beseitigte zunächst durch Auflösung des Obersten Volkswirtschaftsrates der UdSSR und des Volkswirtschaftsrates der UdSSR den im wesentlichen durch Chruschtschow bewirkten Kompetenzwirrwarr an der Spitze der Planungshierarchie. Das Staatliche Plankomitee der UdSSR (Gosplan) ging aus dieser Reform gestärkt hervor. Der Gosplan hat jetzt die Aufgabe der Perspektiv- und Jahresplanung für die Union und die Republiken. Das dem Gosplan zugeordnete Preiskomitee entstand durch Zusammenlegung verschiedener Preisbüros [11]). Weiter gehört zur Spitze der Planungshierarchie das neu gegründete Staatskomitee für material-technische Versorgung des Ministerrates der UdSSR. Diese Änderungen – daneben wurden noch andere weniger wichtige vorgenommen – sollen

[8]) Vgl. A. Zauberman, a. a. O., S. 27 f.

[9]) Vgl. W. Shadow: Die Wirtschaftsreform in der UdSSR, Moskau o. J. (vermutlich 1968), APN-Verlag.

[10]) Vgl. H.-H. Höhmann, a. a. O., S. 54.

[11]) Vgl. H.-H. Höhmann, a. a. O., S. 43 ff.

Planung, Leitung und Materialfluß ökonomischer, d. h. wirkungsvoller gestalten helfen.

Die Auflösung der Volkswirtschaftsräte und die Wiedereinführung der Industrieministerien bei gleichzeitiger Übertragung wichtiger Aufgaben bedeuteten

☐ eine weitgehende Abwendung von dem nicht bewährten Regionalprinzip und Hinwendung zum Branchenprinzip sowie

☐ eine verstärkte Zentralisierung.

Der Lokalpatriotismus der Volkswirtschaftsräte hatte die optimale Standortwahl erschwert sowie den technischen Fortschritt nicht optimal zum Zuge kommen lassen. Daneben förderte er einen kostspieligen Typenwirrwarr in der Produktion. Wie allerdings aus der Umgliederung der Spitzenverwaltungen und deren Aufgaben hervorgeht, war diese Reform keine Wiederherstellung der Vor-Chruschtschow-Verhältnisse. Die konkreten Zuständigkeiten hatten sich trotz der erneuten Zentralisierungstendenz geändert. Hauptzweck war die Überwindung des sich nachteilig auswirkenden Lokalpatriotismus. Die insgesamt feststellbare Rezentralisierung birgt jedoch die Gefahr, daß das gesetzte Reformziel nicht voll erreicht wird, da die betrieblichen und volkswirtschaftlichen Interessen erneut schlecht synchronisierbar werden. Die Distanz zwischen Betrieb und Planbüro ist nämlich durch die Ausschaltung der regionalen Volkswirtschaftsräte wiederum gewachsen.

Eigenverantwortlichkeit der Betriebe

Um dieser Gefahr zu begegnen, wird man die zentralen Anweisungen an den Betrieb so gestalten müssen, daß sie ihm eine relativ größere Eigenverantwortlichkeit zugestehen. Der Betrieb soll aus der Rolle des reinen Erfüllungsgehilfen der Zentrale entlassen werden. Sein Verhalten soll nicht weiter durch eine unübersehbare Anzahl von Kennziffern zentraler Instanzen vorprogrammiert werden [12]).

In welchem Umfang wurde nun diese globale Zielsetzung durch die konkreten Maßnahmen realisiert? Wie wurde der an sich bestehende Gegensatz zwischen extremer betrieblicher Eigenverantwortung und zentraler Planung überwunden? Die Herstellung einer harmonischen Beziehung wird vor allem dadurch so schwer, daß alle Reformer an dem unbedingten Anspruch des Plans auf die Erfüllung seines Inhalts festhalten. Da eine völlige Eigenverantwortung des Betriebes im Gegensatz zum Plan steht, totale Planabhängigkeit des Betriebes (durch Kennziffern) aber

[12]) Vgl. W. Shadow, a. a. O., S. 38.

In Kürze erscheint die 2., neubearbeitete Ausgabe

Werberecht der Wirtschaft

das Handbuch der Praxis

von H. Fr. Burmann, Dozent am Werbewissenschaftlichen Institut in München

Loseblatt-Handbuch, ca. 2500 Seiten, DIN A 5, mit Alkor-Spezialordner

Subskriptionspreis DM 48,–
gültig bis zum Erscheinen,
endgültiger Preis etwa DM 60,–

Ergänzungen erscheinen von Fall zu Fall,
Seitenpreis ca. DM 0,13

Die nahezu unübersehbare Fülle gesetzlicher Vorschriften, Verordnungen Gerichtsurteile, Gutachten und Lehrmeinungen, aus denen das Werberecht der Wirtschaft sich ableitet, sind weit über das Zivil-, Straf- und öffentliche Recht verstreut. Somit ist jede Werbe- und Verkaufsabteilung, aber auch die Unternehmensleitung ständig auf eine systematische und übersichtliche Zusammenfassung angewiesen, die zu jeder Frage rasch und zuverlässig Auskunft gibt.

Das Handbuch von Burmann, das als Standardwerk nun schon in 2. Auflage erscheint, dient diesem Erfordernis durch seine übersichtliche Aufgliederung ebenso wie durch die zweckentsprechende Gestaltung des Inhalts, der Register, der Kennzahlensystematik etc.

Das Werk umfaßt die folgenden Sachgebiete:
I. Werbegestaltungsrecht
II. Werbemittel- und Werbeträgerrecht
III. Werbeeinsatz-Werbevertragsrecht
IV. Wettbewerbsrecht
V. Organisationsrecht der Werbewirtschaft
VI. Deutsche Werbe- und Wettbewerbsgesetze

Es ist als Standardwerk der werbungtreibenden und werbungschaffenden Wirtschaft seit Jahren bewährt und anerkannt. Ergänzungslieferungen von Fall zu Fall gewährleisten die ständige Aktualität.

Besonderes Gewicht legt der Verfasser als erfahrener Praktiker des Werberechts auf die Klarstellung der immer wieder den zeitgemäßen Anschauungen unterworfenen Grenzen zwischen zulässiger und unzulässiger Werbung. Die ergänzbare Loseblattform ist aus diesem Grunde besonders zweckmäßig.

Eines aus zahlreichen positiven Urteilen der Wirtschaftspresse:
Das Handelsblatt, Düsseldorf, schreibt: „Das Handbuch sollte darum in keiner Werbe- und Verkaufsabteilung fehlen. Es sollte aber auch in greifbarer Nähe auf dem Schreibtisch der Unternehmensleitung liegen. Es lohnt sich, dies ganz auf die Praxis eingestellte Handbuch jederzeit zur Hand zu haben."

Erich Schmidt Verlag

Berlin — Bielefeld — München

bisher zu wirtschaftlich unbefriedigenden Ergebnissen geführt hat, ist das gesuchte Verhältnis irgendwo zwischen diesen Polen zu fixieren.

Liberman hatte als Kennziffer nur das Produktionsvolumen und große Sortimentsgruppen vorgesehen. Als Steuerungsinstrument der Zentrale zur Verwirklichung des durch die Zentrale gesetzten Planes dürfte diese Kennziffer aber nicht ausreichen. Die Reformer vom September 1965 beließen es deshalb auch nicht allein beim Produktionsvolumen und Sortiment, sondern versuchten den Betrieb über neun Kennziffern an einer unsichtbaren Leine zu halten. Beinhaltet die Reform auch eine beachtliche Reduzierung der vollzugsverbindlich vorgegebenen Kennziffern, so wäre es doch verfehlt, sie mit einer umfassenden effektiven Eigenverantwortung des Betriebes gleichzusetzen [13]).

Vorgegebene Kennziffern

Für betriebliche Eigenentscheidungen bleibt nämlich kaum ein Spielraum, sieht man sich die künftig geltenden Kennziffern an, die allesamt wichtige betriebliche Aktivitäten betreffen [14]):

☐ verkaufte Produktion (anstelle der Bruttoproduktion);

☐ die produzierten Sortimentskategorien (als Ergänzung zum ersten Punkt);

☐ Lohnfonds (es entfallen die Vorgabe der Beschäftigtenzahl und der Produktivität);

☐ technische Qualität der Produkte;

☐ Finanzplan, d. h. u. a. die Beziehungen zum Staatshaushalt (regelt daneben Gewinn und Rentabilität. Rentabilität ist jetzt nicht mehr das Verhältnis Gewinn zu Selbstkosten, sondern das vernünftigere Verhältnis Gewinn zu betrieblichem Grundfonds);

☐ die Investitionen (gewisse Befreiung von Detailvorschriften);

☐ Betriebskapital;

☐ Zinsen auf Kapital;

☐ Anteile an dem Fonds.

Die außerbetriebliche Planung der Produktionsselbstkosten entfällt.

Als sehr bedeutsame Änderung muß die „verkaufte Produktion" erwähnt werden. Der Betrieb erhält damit die Eigenverantwortung für den Absatz, während er bisher die Norm schon mit der Bruttoproduktion erfüllt hatte. Damit sollte man gewissen Ansprüchen des Marktes leichter nachkommen können. Für den Betrieb bedeutet jedoch die Absatznorm bei dem z. Z. noch nicht gut funktionierenden Vertragssystem zwischen den Betrieben vorerst eine nicht geringe Mehrbelastung.

Prämienwesen

Die Stellung der betrieblichen Tätigkeiten im Gesamtsystem Ist neben der Aufzählung der Kennziffern allerdings erst dann vollständig umrissen, wenn auch das Prämienwesen und die für den Finanzsektor relevante Produktionsfondsabgabe charakterisiert worden sind.

An die Stelle des bisherigen Betriebsfonds sind getreten:

☐ der Fonds für materiellen Anreiz (Prämienfonds),

☐ Fonds für soziale und kulturelle Maßnahmen sowie Wohnungsbau und

☐ Fonds zur Entwicklung der Produktion.

Die Mittel fließen den Fonds aus dem Betriebsgewinn zu. Ihre Höhe wird von dem Wachstum des Absatzes, dem Gewinn und dem Rentabilitätsniveau bestimmt. Wichtig ist, daß die Erfüllung der Pläne für Absatz und Rentabilität besser honoriert werden sollen als deren Übererfüllung [15]). Damit wird den Betrieben der volkswirtschaftlich fatale Anreiz genommen, durch die Aufstellung kleiner Betriebspläne möglichst große Übererfüllungen zu erwirtschaften. So ökonomisch sinnvoll diese Regelung auch zunächst erscheint, ob sie gesamtwirtschaftlich zu optimalen Ergebnissen führt, hängt von der Leistungsfähigkeit des noch zu erarbeitenden neuen Preissystems ab.

Wie die Mittel aus dem Prämienfonds auf Betriebsleiter, Techniker, Angestellte verteilt werden, um auch wirklich als Leistungsanreiz zu dienen, bestimmen recht komplizierte Musterordnungen. Höhmann charakterisiert m. E. zu Recht die Prämiierung der Arbeiter (übrigens wie bisher größtenteils aus den Lohnfonds) und Angestellten primär als Hebel zur Durchsetzung des Planwillens [16]). Prämien sind das Mittel, um jeden einzelnen am Planerfolg persönlich zu interessieren.

Der Entwicklungsfonds soll größer werden und seine Mittel aus den Gewinnen und den Abschreibungen beziehen. Dieser Fonds kann von den Betrieben selbständig für die Erneuerung von Kapitalanlagen eingesetzt werden. Nach Zauberman [17]) flossen bisher nur 0,7 Mrd. Rubel über diesen Fonds. Angesteuert werden nach der Reform 4 Mrd., davon 2,7 aus Abschreibungen. Wenn damit zusätzliche Abschreibungsbeträge

[13]) W. Shadow ist allerdings anderer Ansicht. Vgl. W. Shadow, a. a. O., S. 60 ff.
[14]) Vgl. H.-H. Höhmann, a. a. O., S. 56 f.
[15]) Vgl. H.-H. Höhmann, a. a. O., S. 57 f.; sowie W. Shadow, a. a. O., S. 67 ff.
[16]) Vgl. H.-H. Höhmann, a. a. O., S. 58.
[17]) Vgl. A. Zauberman, a. a. O., S. 29.

für den Betrieb disponibel werden, liegt hierin ein gewisser Ansatz zur Dezentralisierung des Investitionsgeschehens.

Die Mittel des Fonds für kulturell-soziale Maßnahmen und Wohnungsbau können vom Betrieb für Wohn-, Kultur- und Sozialbauten verwendet werden.

Produktionsfondsabgabe

Unter finanz- und kreditpolitischen Aspekten ist die noch immer nicht in allen Einzelheiten klar umrissene Produktionsfondsabgabe zu analysieren. Die Abgaben, die die Betriebe in diesen Fonds zu leisten haben, richten sich nach ihrem Grund- und Umlauffonds. Damit wird ein Instrument geschaffen, das indirekt gegen eine verschwenderische Anforderung und Verwendung von Haushaltsmitteln für Investitionszwecke wirkt. Die Fondsabgabe soll so gestaltet werden, daß Branchenbesonderheiten berücksichtigt werden und für den Betrieb durch diese Mittel bei normalem Betriebsgeschehen, d. h. bei vernünftiger Auslastung der Kapazitäten, keinerlei Härten entstehen. Die mehrjährige Konstanz des Abgabesatzes soll die Belastung für den Betrieb kalkulierbar machen. Über die Art der Differenzierung des Abgabesatzes nach Branchen bestehen jedoch bis heute unterschiedliche Vorstellungen. Die bisher angewandten Sätze liegen einheitlich bei 6 % [18]). Die Bemessungsgrundlage, d. h. ob der Bilanzwert oder der den Verschleiß einbeziehende Restwert herangezogen werden soll, scheint noch umstritten zu sein.

Eines muß festgehalten werden, die Produktionsfondsabgabe stellt keine zusätzliche Leistung der Betriebe an den Staat dar. Sie leitet nur eine Umschichtung in den Beschaffungswegen zur Finanzierung des Staatshaushalts ein [19]). Für den Betrieb verspricht man sich vor allem eine Leistungssteigerung hinsichtlich der Ausnutzung bereits im Betrieb befindlicher Ressourcen. Entsprechend der Gewinnentwicklung sollen dem Betrieb mehr Mittel zur eigenen Verwendung für seine Fonds verbleiben. Hierin liegt der eigentliche Leistungsanreiz.

Kreditaufnahme möglich

Ein quasi sachlogisches Ergänzungsstück zur Produktionsfondsabgabe ist die neu geschaffene Möglichkeit der Betriebe, für Investitionen Kredite aufzunehmen. Die Produktionsfondsabgabe stellt im Grunde nichts anderes als eine Verzinsung der dem Betrieb vom Staatshaushalt zur Verfügung gestellten Mittel dar. Die Kreditfinanzierung soll die Betriebe wie die Produktionsfondsabgabe durch die dabei einzugehenden Verpflichtungen zu ökonomischerem Arbeiten anhalten. Die Haushaltsmittel dürften aber noch langfristig den größeren Posten bei der Investitionsfinanzierung ausmachen.

Finanztechnisch erwecken die getroffenen Änderungen den Eindruck eines beachtenswerten Zuwachses an betrieblicher Autonomie. Über die güterwirtschaftlichen Vorgänge wird aber wie bisher vorweg von zentralen Instanzen entschieden. Da die Materialversorgung sowie die branchenmäßige Ausrichtung der Investitionen nicht in nennenswertem Umfang dem Betrieb obliegen, bedeutet die Reform als Ganzes nichts anderes als den Versuch, den Betrieb zu größerer Leistung anzuregen und ihn im Grunde intensiver zu kontrollieren als bisher. Indem man die Chancen des einzelnen Betriebes erhöht, sich durch intensiveren Einsatz gewisse materielle Vorteile zu erarbeiten, soll das Gesamtsystem effektiver werden.

Administrative Preissetzung

Daß die Reform 1965 nicht weitreichender war bzw. sein konnte, liegt nicht zuletzt an dem derzeitigen Preissystem. Fehlt ein Preissystem, das in der Lage ist, ökonomische Signale über vertretbare eigene Preissetzungen, Produktionskosten usw. zu geben, kann der wirtschaftliche Ablauf nur durch umfangreiche administrative Weisungen an die Betriebe gewährleistet werden.

Bei der administrativen Preissetzung spielten aber im Laufe der Jahre einzeln oder kombiniert recht unterschiedliche Aspekte eine Rolle: Politische Absichten, Schwerpunktbildung in der Produktion, Versuche den „echten" Bedarf einzubeziehen und zu befriedigen, Abschöpfungen von Kaufkraft usw. Auch unter dem Gesichtspunkt des Marxschen Wertgesetzes, nach dem sich die durchschnittlichen Arbeitskosten in den Preisen widerspiegeln sollen, dürfte das sowjetische Preissystem total verzerrt sein.

Diese doppelte Misere kann nur dadurch beseitigt werden, daß das System von Grund auf neu und einheitlich gestaltet wird. Da eine den westlichen Marktwirtschaften entsprechende Preisbildung in keinem Falle zur Diskussion stehen dürfte, könnte nur ein zuvor von allen Wirtschaftssubjekten anerkannter Volkswirtschaftsplan die Grundlage für den Aufbau eines widerspruchsfreien Preissystems bilden (Idee von z. B. Kantorowitsch und Federenko) [20]). Dieser mit Hilfe großer Computer aufgestellte Total-Plan würde vor allem die Verteilungsprobleme des zu erstellenden Produkts bereits zu lösen haben. Genau betrachtet ist dann aber das dazu passende Preissystem nichts an-

[18]) Vgl. W. Shadow, a. a. O., S. 52.
[19]) Vgl. W. Shadow, a. a. O., S. 52.
[20]) Vgl. W. Linder, a. a. O., S. 217.

deres als ein extrem planwirtschaftliches Steuerungsinstrument. Handelte es sich dabei auch um Knappheitspreise, so dürften sie dennoch immer etwas anderes bedeuten als Marktpreise.

Mängel der Preispolitik

Leider sind bis heute die Kriterien – die Skala der Vorschläge ist allerdings breit – für eine umfassende Preisreform nicht durchschaubar, so daß im wesentlichen nur global über die Mängel der Preispolitik gesprochen werden kann. Hauptmangel u. a. ist die Tatsache, daß eine vernünftige Abstimmung von Produktion und Bedarf kaum möglich ist. Dafür dürften auch der Ausbau des Vertragssystems sowie die zunehmende Orientierung an der Gewinn- und Rentabilitätskennziffer bzw. Absatzziffer nicht ausreichen.

Würde man dem Betrieb das Produktionsprogramm nicht vorschreiben, würde ohne ein die Knappheiten widerspiegelndes Preissystem eine volkswirtschaftlich unsinnige Produktionsstruktur entstehen. Die Betriebe würden sich nämlich nur auf betrieblich rentable Güter ausrichten, die ja im System der UdSSR keinesfalls volkswirtschaftlich nützlich zu sein brauchen. Das Fehlen eines ökonomisch optimalen Preissystems zwingt deshalb immer wieder, die Mengen- und Strukturspannungen durch Preis- und Mengenregulierungen zu beseitigen. Die ständigen Abstimmungsverfahren in Richtung gleichgewichtiger Entwicklungen stellen keinen geringen volkswirtschaftlichen Luxus dar. Weiterhin ist einer evolutionären Volkswirtschaft wie derjenigen der UdSSR nur sehr kurzfristig mit einem guten System neuer Preise geholfen. Wichtiger sind die Mechanismen, nach denen sich die Preise entsprechend den wirtschaftlichen Wertbewegungen ändern. Nur durch die laufende Anpassung können erneut Verzerrungen im Preissystem beseitigt werden.

Der Gedanke, die Entwicklung statt mit Hilfe eines solchen Preissystems durch eine intensive, an den Bedürfnissen orientierte Mengenplanung im Gleichgewicht zu halten, ist illusorisch, weil die technische Durchführung auch im Zeitalter der 3. Computergeneration utopisch ist.

Selbstverständlich haben auch viele sowjetische Reformer die Notwendigkeit einer Reform des Preisbildungsprozesses erkannt, vor allem auch, daß das auf eine Kennziffer reduzierte Liberman-Konzept ohne Preisreform nicht realisierbar ist. Eine grundsätzliche Reform scheint jedoch daran zu scheitern, daß man von bestimmten vorgegebenen Strukturen hinsichtlich der Rentabilitätsverhältnisse in einzelnen Branchen nicht abgehen will oder kann. Das Preissystem bleibt damit Steuerungsinstrument der Planträger, wird aber nur bedingt zu einer dem Betrieb dienenden ökonomischen Orientierungsgröße.

Verwirklichung der Reformen

Trotz mancher Widersprüche in den vielen Berichten scheint aufgrund des Studiums vieler Meldungen über den Grad der Verwirklichung der Reform von 1965 zahlenmäßig folgendes Ergebnis festzustehen: Laut Ekonomičeskaja Gazeta (Nr. 11, 1970, S. 7) arbeiteten am 1. März 1970 mehr als 38 000 Betriebe nach dem neuen System der Planung und des ökonomischen Anreizes. Diese 38 000 Betriebe erstellen 85 % der Industrieproduktion und erwirtschaften rd. 93 % des Gewinns dieses Wirtschaftsbereichs. Rückblickend kann festgestellt werden, daß der jährliche Umfang, in dem Betriebe die Übernahme des Neuen Ökonomischen Systems (NÖS) bei ihren Ministerien beantragten bzw. zur Übernahme verpflichtet wurden, großen Schwankungen unterworfen war. Da die Umstellung viel Zeit erforderte und zunächst auch Erfahrungen gesammelt werden mußten, lief die Entwicklung erst 1966 langsam an. Bis heute kann man feststellen, daß die Umstellung je nach Lage des Einzelfalles oft mit Widerständen der Betroffenen vor sich ging, sei es, daß die Betriebe wollten und die Behörden sich sperrten oder auch umgekehrt.

Obwohl die Zahlen über den Umfang der Reformen in der sowjetischen Presse sehr häufig Unstimmigkeiten erkennen lassen, soll doch eine gewisse Übersicht über den Umfang der Durchführung dieser Reformen gegeben werden. Die Größenordnungen der genannten Zahlen (Tab. 1) dürften wohl in jedem Falle richtig sein.

Tabelle 1
Umfang der Reformen

Zeitpunkt	Zahl der Betriebe	Produktionsanteil %	Gewinnanteil %
Ende 1966	704	8	16
Ende 1967	rd. 7 000	40	50
Ende 1968	26 000	ca. 75	80
1. Hj. 1969	33 600	80	90
1. März 1970	38 000	85	93

Ernster Reformwille

Es fällt allgemein auf, daß zunächst primär Betriebe umstellten, die bereits recht erfolgreich – gemessen an dem durchschnittlichen Produktionsergebnis und dem Gewinn – arbeiteten. Für diese These sprechen auch die Zahlen, die als Nachweis für die Richtigkeit, zum NÖS überzugehen, angegeben wurden. Zu Beginn erstellten relativ wenige Betriebe einen relativ hohen Anteil der Gesamtproduktion der Branche. Die Relation wurde mit Ausweitung der Reform allerdings ungünstiger. Branchen und Regionen stellten dagegen sicher kein Auswahlkriterium für die Umstel-

lung dar, denn von der ersten Gruppe sich reformierender Betriebe (43) waren viele Regionen und 17 Branchenministerien betroffen. Durch die tatsächliche Auswahl der Betriebe wurde deshalb von vornherein eine ehrliche Überprüfbarkeit der Wirkungsweise des NÖS erschwert.

Die zuerst für die Reform ausgewählten Betriebe erfüllten wichtige vom System geforderte Voraussetzungen, nämlich, daß sie finanziell überhaupt in der Lage waren, Gewinne zu erwirtschaften und neben den vorgeschriebenen Finanzüberweisungen an den Staat auch noch die Anreizfonds zu bedienen. Viele andere sich unter dem NÖS organisierende Betriebe mußten dagegen in der Folgezeit erst diese finanziellen Voraussetzungen schaffen, indem sie scharf rationalisierten und/oder stille Reserven aufdeckten. Weiter erhöhten viele Betriebe freiwillig ihre Absatz- und Gewinnpläne, um so in den Genuß höherer Prämien zu gelangen; denn die Übererfüllung zu niedrig angesetzter Pläne sollte ja relativ schwach prämiiert werden und hätte damit im Gegensatz zur bisherigen Praxis ein dem Eigennutz entgegengerichtetes Verhalten dargestellt. Große Schwierigkeiten gab es überall dort, wo Betriebe mit unterdurchschnittlichem Erfolg wirtschafteten und damit objektiv die Voraussetzungen zur Reform fehlten. Der Staat stellte auch hier die zur Stimulierung erforderlichen Mittel nicht zur Verfügung.

Der ernste Reformwille der Sowjetregierung spiegelt sich auch in den betrieblichen Experimenten wider, die bereits vor der Reform von 1965 wie auch noch heute parallel zu ihr vorgenommen werden. Diese die Entlohnung, Produktivität, den technischen Fortschritt usw. betreffenden Experimente sollen letztlich der Mittelsuche zur Steigerung der wirtschaftlichen Effektivität dienen. Über ihre Erfolge soll nur mittelbar im Zusammenhang mit den Erfahrungen über die betrieblichen Funktionen im NÖS berichtet werden.

Erfolgsbestätigung durch Zahlen?

Die Zahlen sprechen keine deutliche Sprache, wenn man mit ihrer Hilfe Fortschritte der Wirtschaftsreform überzeugend darstellen wollte. Zieht man zur Beurteilung der auf Effektivitätssteigerung gerichteten Reform von 1965 das Nationaleinkommen, die Bruttoproduktion der Industrie, die Arbeitsproduktivität in der Industrie und weitere Indikatoren heran, so bietet sich immer das gleiche Bild: Seit Einführung der Reform im Herbst 1965 läßt sich an Hand keiner Zahlenreihe eindeutig ein positiver Einfluß aufzeigen. Die Zuwachsraten sind nicht oder nur unwesentlich gestiegen und eventuell auf andere Ursachen zurückzuführen. Gegenüber der Entwicklung vor der Reform sind sogar Verschlechterungen festzustellen. Manche Planerfüllung oder gar Übererfüllung erklärt sich oft allein daraus, daß die Planzahlen niedriger als bisher angesetzt bzw. während des Planablaufs noch nach unten revidiert worden sind.

Tabelle 2
Verlauf wichtiger Indikatoren

Indikator	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %					
	Ist				Plan	
	1966	1967	1968	1969	1969	1970
Verwendetes Nationaleinkommen	7,5	6,7	7,2	6,0	6,5	6,0
Bruttoproduktion der Industrie	8,6	10,0	8,1	7,0	7,3	6,3
Arbeitsproduktivität in der Industrie	5,0	7,0	5,0	4,8	4,4	5,2

Quelle: DIW-Wochenbericht 9/70 vom 28. 2. 1970, S. 52.

Dabei bieten die Zahlen bis einschließlich 1968 durchaus Anhaltspunkte für einen positiven Trend. Diese relativ günstigen Ergebnisse sind aber offensichtlich vor allem nur insofern Auswirkungen der Reform, als diese die Betriebe zur Offenlegung von Reserven veranlaßten. Die Mechanismen der Reform haben ihre Leistungsfähigkeit damit noch nicht unter Beweis gestellt. Diese statistischen Ergebnisse haben die Diskussion um das Für und Wider der Reform erneut belebt. Allerdings sei angemerkt, daß damit nicht die Unbrauchbarkeit des Reformmodells nachgewiesen ist, sondern eher die Tatsache, daß Betriebe und beteiligte Personen bisher nicht alle modelladäquat „funktioniert" haben.

Versagen des Branchenprinzips

Das Urteil über die Nützlichkeit des Branchenprinzips, d. h. die Wiedereinrichtung von Branchenministerien, sei in einem Satz vorweggenommen: Man hat aus den Erfahrungen von Chruschtschow nur wenig dazugelernt. Mit dem Abrücken vom Territorialprinzip schossen sehr bald wieder die gleichen Mißstände ins Kraut, um derenthalben Chruschtschow 1957 das System geändert hatte. Das Autarkiestreben der einzelnen Ministerien – nicht zuletzt in den nicht funktionierenden Lieferungen zwischen den verschiedenen Branchen begründet – behinderte jede vernünftige ökonomische und technische Zusammenarbeit. Die verhängnisvollen Auswirkungen lassen sich besonders deutlich am Beispiel der elektronischen Datenverarbeitungsanlagen demonstrieren. Mehrere Ministerien und Behörden sind jeweils für Teilbereiche der EDV-Produktion und Forschung zuständig, kommen aber leider zu keiner Zusammenarbeit. Der Preis für diesen ökonomisch-technischen Widersinn ist das weite Zurückbleiben auf diesem Gebiet gegenüber den Leistungen westlicher Länder. Allein solche Fakten stellen das Branchenprinzip abermals in Frage. Zudem führte die Bevorzugung z. B. in der Material- und Vorproduktversorgung der zu einem Ministerium ge-

hörenden Betriebe gegenüber anderen Betrieben zu unnötig langen und teuren Transportwegen. Betriebe in der Nachbarschaft werden oft nur schlecht versorgt, wenn sie einem anderen Ministerium unterstehen.

Neu gegenüber den Erfahrungen mit dem Ministerialprinzip bis 1957 war das Entstehen umfangreicher ungenutzter Kapazitäten, die während der Zeit des Territorialprinzips zur Programmabrundung der verschiedenen Regionen geschaffen worden waren. Die Zugehörigkeit zu einem Ministerium A führte jetzt dazu, daß die Belieferung der anderen in derselben Region liegenden Betriebe eines Ministeriums B weniger ernst genommen wurde, nur weil sie zu einem anderen Fachbereich gehörten. Inwieweit Probleme und ökonomische Verluste bei bestehenden Produktionskombinaten auftreten können, ist leicht abzuleiten. Alle Erfahrungen deuten darauf hin, daß das Organisationsoptimum in einer Verquickung von Territorial- und Branchenprinzip liegen muß.

Spannungen zwischen Betrieb und Behörde

Obwohl die Reform von 1965 den Betrieben weitgehende Rechte einräumte und damit das Hineinreden von Behörden in das betriebliche Geschehen abbauen wollte, ist es bis heute zu keinem spannungsfreiem Verhältnis zwischen Betrieben und Behörden gekommen. Die sowjetische Presse ist voll von Berichten über behördliche Übergriffe. Von einer Garantie für die Betriebe auf bestimmte Rechte ist schon lange keine Rede mehr.

Als Hauptübel empfinden die Betriebe die Änderung von Plänen während der laufenden Planphase, zu der sie von den Ministerien gezwungen werden. Die rechtlich notwendige Zustimmung der Betriebsleiter wird gar nicht erst eingeholt. Man stellt zunehmend nicht nur gerade genehmigte Betriebspläne kurzerhand wieder um, sondern läßt häufig bei den neuen ersatzweise auferlegten Plänen die betrieblichen Ressourcen außer acht. Neben den neuen gibt man den Betrieben dabei zum Teil auch noch alte Kennziffern vor, z. B. neben dem Absatzvolumen weiter wie bisher die Bruttoproduktion. Auch auf den Gebieten von Lohn, Einstellung, Materialversorgung, Prämienverlängerung usw. finden laufend Übergriffe statt, die die Effektivität des betrieblichen Geschehens mindern.

Verdanken die Fachministerien ihr Wiederentstehen der Reform von 1965, so mißachten sie zugleich die ihnen durch diese Reform auferlegten Rechte und Pflichten innerhalb des gesamtwirtschaftlichen Gefüges. Die Ministerien fordern sogar öffentlich in der Presse die offizielle Erweiterung ihrer Rechte gegenüber den Betrieben. Laut Handelsblatt vom 3. 10. 1968 wurden bereits Mitte 1968 die Befugnisse der Ministerien wieder erweitert. Der von Kossygin 1965 angestrebte größere Spielraum betrieblicher Entscheidungen wurde damit von der Regierung selbst wieder eingeengt. Es entstanden jedoch auch Spannungen, wenn sich die Ministerien gemäß den Reformabsichten verhielten, nämlich dann, wenn die Betriebe ihrerseits die Reform sabotierten. Der Planungschef Baibakow mußte solche Vorkommnisse bereits vor zwei Jahren eingestehen. Das seit fünf Jahren währende Tauziehen zwischen Betrieben, Ministerien und oberster Staatsverwaltung um ihre Kompetenzverteilung hat letztlich zu einer erneuten Stärkung der zentralen Gewalt und der administrativen Führungsmethoden geführt.

Kennziffer Absatzvolumen

Der Übergang von der Bruttoproduktionsziffer zur Kennziffer Absatzvolumen stellte eine sehr vernünftige Maßnahme dar, da sie allein die Produktion von effektiv absetzbaren Gütern sichern könnte. Als Absatz wurde nur das anerkannt, wofür der Abnehmer nach Qualitätsprüfung effektiv eine Zahlung leistete. Bei schlechter Schuldnermoral mußte diese Regelung aber zur Störung wichtiger Teile der Reformkonzeption führen. Der Betrieb erreichte trotz ordnungsgemäßer Produktion und Lieferung unter Umständen doch nicht sein Plansoll und konnte damit auch nicht die verschiedenen Prämienfonds bedienen. Das wiederum kann bei wiederholt säumigen Abnehmern für die Belegschaft des entsprechenden Produktionsbetriebes die Aushöhlung der Anreizfunktion der Prämie zur Folge haben.

Das Absatzvolumen erwies sich auch in all denjenigen Fällen als untauglicher Bewertungsmaßstab der Leistung des NÖS-Betriebes, in denen der von dritten Betrieben wahrzunehmende Transport der Waren nicht zeit- und sachgerecht erfüllt wurde und in denen die Bearbeitung der Dokumente durch die staatlichen Organe nur mit zeitlichen Verzögerungen vonstatten ging. Der aus der Sicht der Betriebe erklärlichen Forderung nach Umgestaltung der Hauptkennziffern in eine Planziffer „verfrachtete Produktion" wurde nicht nachgegeben, da die oberste Planbehörde erneute Qualitätsverschlechterungen befürchtete. Eine gewisse Abhilfe hat man durch Maßnahmen auf dem Gebiet der Kreditgewährung zugunsten der Abnehmerbetriebe bewirkt.

Weitere Kennziffern

Daß der Betrieb über die das Sortiment nur global fixierende Kennziffer hinaus im übrigen über die Produktionsstruktur selbständig entscheiden kann, wird von den Ministerien durch detaillierte Produktionsanweisungen häufig vollständig mißachtet.

Der Betrieb wird dadurch in der Verfolgung seiner Gewinnziele unter Umständen stark behindert. Die den Betrieben überlassene Sortimentsgestaltung kann bei solchen Übergriffen nicht mehr in den Dienst der Gewinnbildung gestellt werden.

Da im Zuge der Reform neben dem Lohnfonds nicht mehr die Zahl der Beschäftigten vorgegeben wurde, konnten hier relativ viele auf Produktivitätssteigerung gerichtete Experimente durchgeführt werden. Mancher Betrieb hat sich durch die Verteilung des Lohnfonds auf weniger Beschäftigte von seiner personellen Überbesetzung getrennt und obendrein sogar noch die betriebliche Produktion erhöht.

Insgesamt wird die sowjetische Volkswirtschaft aber noch immer durch personelle Überbesetzung und eine sehr niedrige Arbeitsmoral stark belastet. Obwohl Lohn- und Prämienfonds nicht zuletzt Instrumente zur Steigerung der Arbeitsproduktivität sind, bleiben Erfolge bisher eher die Ausnahme. Schlendrian, Trunksucht, Arbeitsplatzwechsel usw. sind durch die Reform nicht überwunden worden. Die vielen negativen Äußerungen, zuletzt mehrfach von Breschnew, deuten eher auf das Gegenteil. Daß trotz häufiger personeller Überbesetzung dennoch ein Arbeitskräftemangel besteht, der das Absinken der Arbeitsmoral fördert, hängt nicht zuletzt mit anderen Mißständen im System zusammen. Solange die Betriebe immer wieder durch Planänderungen und Sonderaufgaben von den Ministerien unter Druck gesetzt werden, wird es den Betrieben sinnvoll und notwendig erscheinen, relativ viele Arbeitskräfte zu binden, obwohl dadurch die ausgewiesene Arbeitsproduktivität relativ zu niedrig erscheint.

Die in jüngster Zeit mehrfach angeprangerten Verstöße gegen den Finanzplan sind ebenfalls geeignet, wesentliche Anreize, die die Reform schaffen wollte, unwirksam zu machen. Die häufig harte Finanzpolitik der Behörden verstößt eindeutig gegen die Richtlinien der Reformpolitik. Außer den am Umsatz und Grundkapital orientierten Abgaben hat man verschiedenen Betrieben noch bis zu 80 % des Betriebsgewinns für das Budget abgefordert. Damit erhält das Gewinninteresse einen empfindlichen Stoß. Die gerade gewonnene Dispositionsfreiheit des Betriebes ist damit wieder dahin.

Die Investitionspläne, bei deren Durchführung die Betriebe von gewissen Detailvorschriften befreit werden sollten, erfuhren ebenfalls in mehrfacher Hinsicht Störungen. Vor allem fühlen sich die Betriebe in der Regel zu sehr bevormundet. Zum anderen ist insofern eine allgemeine Verzettelung zu bemerken, als begrenzte Mittel für den Beginn zu vieler Projekte der verschiedensten Bereiche zugleich verwendet werden. Das wiederum hat zu zeitlichen Verzögerungen bei der Produktionsaufnahme geführt. Wegen der weitverzweigten Abhängigkeiten wird dadurch eine Art Kettenreaktion ausgelöst, wenn bestimmte Materialien und Vorprodukte einfach noch nicht lieferbar sind, obwohl sie plangemäß bereits verfügbar sein müßten. Dieses Problem ist wohl auch auf der letzten bisher im Inhalt noch geheimen ZK-Konferenz Mitte Dezember 1969 zur Sprache gekommen.

Auch die Fonds spielen nicht überall die ihnen zugedachte Rolle. Ihre Anreizfunktion wird verspielt, wenn die Arbeitnehmer nicht gemäß ihrer Leistung an diesen Mitteln partizipieren. Häufig bleiben Gelder unverteilt, in anderen Fällen wird ein gleichmäßig verteilter Segen in Form eines 13. Gehalts unterschiedslos an gute und schlechte Mitarbeiter verteilt. Besonders hieran zeigt sich, mit welcher Gleichgültigkeit, eventuell auch Unkenntnis über den Zweck dieser Kennziffer, die Betriebe sich um die Verwirklichung der Reform bemühen.

Geringe Erfolge

Die bis heute als Grundlage für die Beurteilung der Reform verfügbaren Fakten bilden im Grunde nur einige Mosaiksteinchen, die bei dem Versuch, sie zu einem geschlossenen Bild zusammenzusetzen, noch nicht überall scharfe Konturen entstehen lassen. Obwohl in der sowjetischen Presse neben vielen skeptischen Urteilen über die Reform auch eine Reihe positiver Stimmen zu vernehmen ist, müßte man aufgrund bekannt gewordener Vorgänge doch eher zu einer negativen – wenn auch noch wenig differenzierten – Beurteilung gelangen.

In der gegenwärtig in der Sowjetunion neu entfachten Diskussion über die Reform haben ihre Befürworter einen schweren Stand. Denn ihnen fällt die Beweislast darüber zu, daß nicht das eigentliche Reformkonzept untauglich ist, sondern vor allem die Art und die Wege der Durchführung der Reform das Erreichen der angestrebten Effektivitätssteigerung verhindert haben.

Zusammenfassend kommt man zu dem Urteil, daß die geringen Erfolge der Reform vor allem in vier Bereichen zu suchen sind:

☐ in der unzweckmäßigen Organisation der Wirtschaft,

☐ im gestörten Verhältnis von Betrieb und Behörde,

☐ in der zu geringen Flexibilität der Behörden, bei der Schaffung gewisser systemnotwendiger Voraussetzungen in Verbindung mit den Kennziffern die Betriebe zu unterstützen, und

☐ in der noch nicht genügend funktionierenden Preisbildung.